

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heintzmann in Düsseldorf 51, Corneilustr. 66. Berichte, keine Beiträge zc. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei A der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— M. Expedition und Druck von Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. 0232222 Fernspr. Nr. 1368. 0232222

Nr. 2. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 15. Januar 1910. Fernpred.-Nummer 4423. 12. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Artikel: Rastlos vorwärts!** — Die gelben Gewerkschaften. — Die Nachener Textilarbeiter und ihre „berufenen“ Vertreter beim Arbeitgeberverband. — Badisch-Rheinische — Aus dem Reichshauspostamt. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Coesfeld. — Dercklag. — Dallen. — Forchheim. — Gütersloh. — M. Gladbach. — Göttingen. — Rheinbach. — Rheine. — Alttau. — Aus unserer Industrie: Elektrisch betriebene Handspinn. — Die Textilindustrie im Jahre 1909. — Gewerkschaftliches: Aus unserer Verbände: Das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Praxis. — Aus gegnerischen Organisationen: Hinter den Kulissen vom „Sig Berlin“. — Allgemein Gewerkschaftliches: Die Tarifverhandlungen im Baumwollgewerbe. — Gleiches Koalitionsrecht. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Ein Streik der Blumenstrickerinnen in New York. — Allgemeine Nachrichten: Allgemeines: Neuer Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. — Besserung des Arbeiterertragens. — Besammlungsstatistik. — Anzeigen. — Sterbefälle.

## Rastlos vorwärts!

Das Problem unserer Tage heißt: Organisation. Die Schwachen vereinigen sich mit den Schwachen, um stark zu werden. In der Stärke liegt ihre Macht.

### Vereint können sie siegen.

Auch die deutsche Arbeiterkraft kann stark werden, wenn sie es will. Einzeln ist der Arbeiter ein Palm im Winde. Vereint mit seinesgleichen wird er zur Macht.

### Wiele begreifen es nicht.

Sie ergeben sich ihrem Schicksal und glauben, es sei ihnen vorausbestimmt. Sie ertragen Unterdrückung und Not, Rechtslosigkeit und unwürdige Behandlung. Sie denken nicht, sie schlafen.

### Mitteln wir sie auf!

Zeigen wir ihnen, welche Macht sie durch die Organisation besitzen. Versuchen wir ihre Hoffnungslosigkeit. Wecken wir ihnen die

### Hande der Organisation.

Die deutschen Arbeiter sind auf die Selbstwehr angewiesen. Niemand wird sie schützen, wenn sie nicht selbst gerüstet sind.

### Auf christlicher Grundlage

soll und muß es vorwärts gehen. Versäumt nichts. Bisset unnütze Vereinspieterei beiseite und tretet ein in den

### Kampf um bessere Lebensverhältnisse.

Zeigen wir den indifferenten deutschen Berufsgenossen die Wahrheit der Organisation. Sie werden und müssen erkennen, daß sie Pflichten haben. Ernste Zeiten erfordern die Tätigkeit und Mitarbeit aller. Kollegen! Kolleginnen!

### Schließt die Reihen! Jeder von euch sei Agitator!

## Die gelben Gewerkschaften.

Von Mich. Saffreiger, Wänden.

### 2. Organisation und Programm der gelben Gewerkschaften.

Die Organisation der gelben Gewerkschaften hat sich überwiegend in der Weise vollzogen, daß sich unter der Arbeiterschaft eines einzelnen Unternehmens und unter einer mehr oder minder ausgeprochenen tätigen Mitwirkung der Unternehmer eine Vereinigung bildete, die ihre Mitgliedschaft auf das bestimmte Ziel beschränkte. Man pflegt deshalb diese Vereine, die sich selbst mit den verschiedensten Namen bezeichneten, unter der Artenbezeichnung **Werkvereine** zusammenzufassen. Ueber die Frage, wie man solche gelben Vereine am besten gründet, gibt der Führer des Gelben Arbeitsbundes (Sig Berlin) in einigen gesammelten Aufsätzen aus seinem Organ „Der Bund“ eine Auskunft, die den vielgestaltigsten demokratischen Aufbau der Werkvereine in einem nicht besonders günstigen Licht erscheinen läßt. Er meint: Gelbe Werkvereine gründet man in der Regel nur in solchen Betrieben, die über 100 Arbeiter beschäftigen und wo der Arbeitgeber deutlich zu erkennen gibt, daß er die Gründung eines gelben Vereins gerne sehen würde. In kleinen Betrieben, d. h. solchen, die unter 100 Arbeiter beschäftigen, und in solchen großen Betrieben (über 100 Arbeiter), wo der Arbeitgeber nichts von einer Organisation wissen will, schließen sich die Gelben einer Zentralorganisation an.

Für den, der die Begriffe der Zentralisierung nicht nach zahlenmäßigen Dimensionen bestimmt und sich an statutenmäßigen Versicherungen genug sein läßt, existieren allerdings eine ganz erhebliche Anzahl von gelben Zentralorganisationen. Wir sehen da eine „Freie Vereinigung deutscher Metallarbeiter“, einen „Bund der Schmiedegesellen“, einen „Deutschen Handwerker-

verband“, einen „Handwerkerverband von Groß-Berlin“, einen „Nationalen Unterstützungverein von Grimmitzschau“, „Arbeiterunterstützungsverein von Pirmaisens“, „Arbeiterbund Kreis Altmühlthal“, „Dannoverscher Arbeiter- und Handwerkerbund“ und endlich den erwähnten „Gelben Arbeitsbund“ (Sig Berlin). Von der geringen zahlenmäßigen Ausdehnung ganz abgesehen, beweisen bei näherem Zusehen allein schon die Titel einzelner solcher Organisationen, daß man es hier nicht mit Zentralverbänden im gewerkschaftlichen Sinne zu tun hat, sondern daß die allermeisten dieser Vereinigungen sich nur auf gewisse Orte oder Industriebezirke innerhalb begrenzter Bezirke des Reichsgebietes beschränken. „Auf das ganze Reich dehnen sich nur die erwähnten Verbände des „Gelben Arbeitsbundes“, der Metallarbeiter, der Bäcker und der Deutsche Handwerkerkassenverband aus; jedoch auch diese Verbände haben, wie der der Metallarbeiter in Dresden, fast ihren gesamten Mitgliederbestand an einem Orte. Es sind also, nach gewerkschaftlichem Maßstabe zu urteilen, kartellierte Lokalverbände mit teilweiser Ausdehnung auf bestimmte Bezirkegebiete.

Ueber die Stärke der gelben Gewerkschaften lassen sich absolut sichere Zahlen kaum anführen; in Frankreich z. B. gehen die Schätzungen über die Mitgliederzahlen um rund — eine halbe Million Mitglieder auseinander. Der erste Führer der dortigen Gelben, Wetley, schätzt ihre Stärke auf 600 000 Mitglieder, während von anderen objektiven Kennern der Sachlage 80 000, allerhöchstens 100 000 Mitglieder angenommen werden. In Deutschland ist die gesamte gelbe Arbeiterbewegung Ende 1908 rund 80 000 Mitglieder umfaßt haben, eine Zahl, die bei der großen Zersplitterung auf eine Reihe von Unternehmungen nur in einigen wenigen Betrieben in bezug auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Das Programm der gelben Gewerkschaften ist in der großen Hauptsache nur deklarativ zu verstehen; das „Werktag“ Programm, nach dem gearbeitet wird, ist in den Statuten der einzelnen Werkvereine unter Förderung einer größeren oder geringeren Abhängigkeit der Mitglieder festgelegt. Es würde zu weit führen, hier den Wortlaut der Programme zu geben. Eine allgemeine Forderung, die sowohl bei dem Programm der französischen wie auch der deutschen gelben Gewerkschaften immer durchdringt, ist Erhebung der Handarbeit zum Kapital (Kapital und Gewinnbeteiligung am Unternehmen), welches durch „eifriges, energisches Sparen“ erreicht werden soll. Daneben hören wir noch von der Forderung nach „wirklicher Koalitionsfreiheit“ und der Abweisung gegen den Streik. Wenn wir die Grundzüge Frankreichs und Deutschlands als ein Ganzes betrachten, — in der Tat sind ja auch die Abweichungen nur in redaktioneller Beziehung zu finden — so können wir es auf die eine Formel bringen: Die Theorie der gelben Gewerkschaften ist in ihrer negativen Forderung extrem anti-sozialistisch. Das ist eine nur zu natürliche Entwicklung, denn die gelben Gewerkschaften sind, vermischt mit patriarchalischen — und egoistischen! — Grundgedanken, zum Teil nur die Reaktion gegen das aberspannte demokratische Prinzip der Sozialdemokraten. Dabei mag die Frage offen bleiben, ob diese Betirung in längst verbrauchte und überlebte Ideenkreise eines Zeitalters und in der neuesten Zeit eines Stumm, nicht auch ohne Zutun der Sozialdemokraten aber kurz oder lang passiert wäre, wie denn die Erfahrung lehrt, daß nicht der „Kampf gegen den Unpflug“, sondern der gegen die unabhängigen Gewerkschaften überhaupt vielfach das treibende Moment zur Gründung gelber Gewerkschaften war und ist.

Nach der positiven Seite hin bewegt sich das Programm der gelben Gewerkschaften im Prinzip in sozialkonserverativen Gedankengängen, in der Praxis jedoch betätigt es sich hauptsächlich in großindustriell-liberalen Sinne. Dazu kommt noch eine Betonung des nationalen Momentes, die sich in Artikeln der deutschen gelben Gewerkschaftspresse nicht selten zu lächerlichem Chauvinismus steigert, der in Verbindung mit dem individualistischen Grundgedanken des gelben Programms von einer Arbeiter, Solidarität in weiterem Sinne, als dem innerlich eines einzelnen Fabrikbetriebes, auch keinen Hauch zuläßt. Daß endlich auch die Sozialgeschichte Freude an graujamen Dingen hat und den Leuten, die sich als gelbe Gewerkschaftler so überaus völlerbegeistert und völlerrettend aufspielen wollen, sagt, daß ihre Doktrinen keineswegs frei sind von Anklängen an französische sozialistische Theoretiker vom Anfang des 19. Jahrhunderts, sei nur nebenher bemerkt. Wer aber, wie die gelben Gewerkschaften, seine Grundzüge, eine neue Ordnung im Wirtschaftlichen anzubahnen, auf solch ausgefahrenen Geleisen, wenn auch mit einem neuangelegten Wagen fährt, dem kann es wohl passieren, daß man ihm, wie dem französischen gelben Gewerkschaftsführer Bierry, sagt, er verjuche, die Arbeiter mit einer bloßen Formel glücklich zu machen. Dabei übersehe er aber vollständig, daß sich menschliche Unvollkommenheiten und große praktische Hindernisse diesem löblichen Bestreben hindernd in den Weg stellen. Gutes Einvernehmen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer sei allerdings sehr wünschenswert; was aber die Religion und ihr Stifter mit allen Rappungen zur Liebe und Selbstlosigkeit nicht erreicht hätten, würde kaum auf Bierrys Gebets sich von selbst einstellen.“ (2. Kap. 1. Aufl.)

Es wäre ja sehr verlockend, auf eine nähere Kritik des Programms der gelben Gewerkschaften in bezug auf seine Durchführbarkeit in den einzelnen Punkten einzugehen, doch würde das viel zu weit führen, um im Rahmen von Zeitungsartikeln Erledigung finden zu können. Ich darf daher in der Hauptsache auf die eingangs erwähnte Schrift betonen, wo dem Programm und der Kritik des Programms ein eigenes Kapitel gewidmet ist, und werde hier nur in flüchtigen Umrissen auf den Inhalt der programmatischen Forderungen im gelben Gewerkschaftsgebanten eingehen.

Die gelben Gewerkschaften, die sich in freiwilliger Abhängigkeit vom Arbeitgeber wirtschaftliche Vorteile zu erringen suchen, sind auf Wohlfahrts-Einrichtungen angewiesen. Wenn wir auch weit entfernt sind von einer generellen Ablehnung solcher Wohlfahrts-Einrichtungen, auch im modernen Fabrikbetrieb, so lehrt doch die Erfahrung, daß all diese Wohlfahrts-Einrichtungen zum mindesten geeignet sind, das Persönlichkeitsgefühl im Wohltatenempfänger zu untergraben. Das freilich wollen ja gerade die Befürworter des gelben Gewerkschaftsgebanten in Unternehmungskreisen. Hier kennt man keine eigentliche Sozialpolitik, die von Staats- oder Gesetzeswegen bestimmte Auflagen macht, sondern nur eine bevormundende soziale Fürsorge, deren Tätigkeit wir im allgemeinen, solange sie nicht Selbstzweck wird, gewiß schätzen, die aber in ihrer fast rein caritativen Tendenz unter den heutigen unpersonlichen Betriebsformen im gewerblichen Leben nie und nimmer ausreichen kann, die Rechte der Arbeiter allseitig zu schützen.

## Die Nachener Textilarbeiter und ihre „berufenen“ Vertreter beim Arbeitgeberverband.

Unter dieser Ueberschrift erschien in Nr. 22 des „Textilarbeiters“ (31. Dez. 09.) ein Artikel aus Nachen, den wir aus mancherlei Gründen nicht unwillkürlich lassen können.

Der Artikel enthält Schilderungen über die wirtschaftliche Lage der Nachener Textilarbeiter, die wir als stark übertrieben bezeichnen müssen. Seit Jahren wird sowohl von der politischen Sozialdemokratie als auch von den sozialdemokratischen Gewerkschaften Nachen immer als diejenige Stadt geschildert, wo das Arbeiterelend zum Himmel schreie, wo die Löhne am niedrigsten und die Miet- und Lebensmittelpreise am höchsten seien. Wir sind die letzten, die behaupten wollten, Nachen sei keine teure Stadt, dieses bringt schon ihre geographische Lage, die an der holländisch-belgischen Grenze, mit sich, jedoch die Art und Weise, wie in dem Artikel des „Textilarbeiters“ die Lebenshaltung, die Wohnungsverhältnisse und die Löhne geschildert werden, ist maßlose Uebertreibung. Der Hohn dieser Uebung ist uns schon längst bekannt. Dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband kommt es darauf an, unseren Verband in Mißkredit bei den Nachener Textilarbeitern zu bringen. Durch eine möglichst kraße Schilderung der Lage der Nachener Textilarbeiter denkt er den Beweis zu erbringen zu haben, daß der christliche Textilarbeiterverband im Laufe der Jahre nichts für die Arbeiter getan habe. Mit solchen Wägen lockt man jedoch in Nachen keinen Hund mehr hinter dem Ofen her, da jeder klar und vernünftig denkende Nachener Textilarbeiter weiß, daß es dem christlichen Textilarbeiterverbande gelungen ist, in seiner zehnjährigen Tätigkeit in Nachen mehr für die Textilarbeiter zu tun, als der „deutsche“ Textilarbeiterverband in zwanzigjähriger Wirksamkeit in seinen besten Domänen für seine Mitglieder erreicht hat.

Wir behaupten dieses nicht nur, sondern treten im nachfolgenden den Beweis für unsere Behauptung an. Die „Januar“-Agitationsnummer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, die mit dazu bestimmt war, unserem Verbands das Lebenslicht auszublauen, liefert uns sehr interessante Zahlen. Es heißt dort in dem Artikel: „Zur Lage der Textilarbeiter in Deutschlands Gauen“:

Im Gau Thüringen, in dem die Textilarbeiter bisher prozentual am besten organisiert war, bestehen einschlägige Lohnsätze nur für die Strickerei in Mühlhausen (mit unserem Verbands vereinbart) und je für die Webereien und Färbereien in der Kreis-Geraer Textilarbeiter. Mit wenigen Ausnahmen bestehen ja auch in allen anderen Textilbetrieben Lohnsätze, sie weichen aber von einander ab, sind also nicht einheitlich. Der Mindestlohn für die Gera für 8000 Webstühle, in Greiz für 10000 und in Gerga, Zeulenroda, Langenwiesenthal, Kleinreinsdorf für 1250 Webstühle. — Als Durchschnittslohn kann man für männliche Arbeiter 16 M. und für weibliche 8,50 M. pro Woche einschätzen. Die vereinigten Beschäftigten in Greiz hatten 1906/6 in 35 Webereibetrieben für 3682 Weber und Weberinnen einen Durchschnittslohn von 13,99 M. pro Woche herausgerechnet. Rechnet man nun, daß Spinner, Stricker, Presser usw. pro Woche bis 10 M. mehr erzielen, bedürftigst man aber auch die noch niedrigeren Löhne als in Greiz, so dürfte die schätzungsweise Angabe des Durchschnittslohnes auf 16 M. bzw. 8,50 M. das Richtige getroffen haben. Am schlechtesten bezahlt sind die Färbereiarbeiter in Mühlhausen: dort und sogar die Armenunterstützung für die Familien der

arbeitenden Färbereiarbeiter einspringen. Der Lohn ist dort pro Woche kaum 12 M.

Wäre Frühstüb- und Vesperpause eingeschaltet, so wäre in allen Ortsgruppen des Verbandes Schicht- und Schichtarbeiter schon längst der Neinstundenentgelt durchgeföhrt. Auf dem Papier steht er schon lange. Eine mehr als zehnjährige Arbeitszeit besteht nur noch in den Färbereien, in der Flanellindustrie, einigen entlegenen Webereien und in Schlotheim (Seiler- und technische Gewebe). In den Textilbetrieben zu Gera und Greiz sind die Arbeiterauschüsse laut Arbeitsordnung anerkannt, in anderen Bezirken ist das nur vereinzelt der Fall.“

Also „Thüringen“ ist derjenige Gau, in dem die Textilarbeiter prozentual am besten organisiert sind und zwar im „deutschen“ Textilarbeiterverbande. Man sollte nun annehmen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse müßten in diesem Bezirke die besten sein, jedoch sagt uns obiger Artikel, daß die dortigen Arbeiter zu wahren Hungerlöhnen arbeiten müssen. Die Weberei von über 20 000 Webstühlen haben einen Durchschnittslohn von 16 M. für männliche Arbeiter und 8,50 M. für weibliche Arbeiter. In Greiz verdienen 3682 Weber und Weberinnen einen wöchentlichen Durchschnittslohn von sage und schreibe 13,99 M., in Mühlhausen i. H. muß sogar die Armenverwaltung für die Familien der Färbereiarbeiter sorgen, da diese noch keine 12 M. pro Woche verdienen. Zu berücksichtigen ist jedoch noch, daß diese „hohen“ Löhne fast ausschließlich von Doppelstuhlwirern verdient werden.

Nach einer im Jahre 1908 im Gera-Greiz-Reichenbacher Bezirk ausgenommenen Statistik liefen von 17372 Webstühlen nur 730 Einzelstühle und über 14 000 Webstühle mit Zweistuhlbetrieb. Von 8232 Doppelstuhlwirern waren 4084 Weberinnen.

Einen Beweis für die Schmutzkonturrenz, die in dem „bestorganisierten“ Gau Thüringen getrieben wird, liefert uns der „Textilarbeiter“ in seiner Nr. 18 vom 30. April 1909. Es heißt dort in einem Artikel aus Greiz wörtlich:

„Betreffs des Artikels Drapé sei noch mitgeteilt, daß derselbe in Nachen bedeutend höher entlohnt wird. Infolgedessen ist die dortige Konkurrenz sehr erbös über die hiesige Schmutzkonturrenz.“

Was uns an dieser Notiz am meisten interessiert, ist, daß hier eingedrungen wird, was man Jahre lang von seiten des „deutschen“ Verbandes in Nachen abgelehnt hat.

Als nämlich bei der Einführung des Dreistuhlsystems in Nachen der sog. Drapé-Artikel eine gewisse Rolle spielte, da jahren sich die Nachener Genossen die Hälse wund; sie wollten, die Nachener Textilarbeiter glauben machen, in Greiz würde eine ganz andere Art Drapé hergestellt als in Nachen. Obige Notiz gibt nicht nur zu, daß in Greiz dieselben Drapé-Artikel hergestellt werden, wie in Nachen, sondern sie bestätigt, was wir immer behauptet haben: daß Nachen unter der Schmutzkonturrenz des Thüringer Bezirkes zu leiden habe.

Angesichts solcher Zustände in seinen besten Domänen mag es der „deutsche“ Verband in seinem Organ, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Nachener Textilarbeiter zu kritisieren, wogegen doch die Nachener Arbeiter es im Laufe der Jahre verstanden haben, mit Hilfe unseres Verbandes ganz bedeutende Erfolge zu erringen. Nicht nur sind in Nachen die Durchschnittslöhne der Textilarbeiter bedeutend höher als in Sachsen-Thüringen, sondern auch in bezug auf die sonstigen Arbeitsbedingungen kann Nachen jederzeit einen Vergleich mit den Hochburgen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes aufnehmen.

In Nachen ist seit Jahren der Neinstundenentgelt eingeföhrt. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 57 1/2 Stunden. In Greiz, wo der „deutsche“ Verband dominiert, ist die Arbeitszeit durchweg viel länger. In den Tuchwebereien des Wuppertales beträgt die Arbeitszeit bis 11 Stunden pro Tag oder 64 und 64 1/2 Stunden pro Woche. In Neumünster (Sollstedt) 10 1/2 Stunden pro Tag und 61 1/2 Stunden pro Woche. Arbeiterauschüsse sind in Neumünster eine unbekannte Erscheinung.

In Forst i. Lausitz, Rottbus und Sommerfeld beträgt die Arbeitszeit 62 1/2 Stunden pro Woche. Vesperpausen kennt man nicht, Arbeiterauschüsse fehlen.

Wir könnten das Bild noch vervollständigen, wollen es jedoch für heute genug sein lassen. Ein Bild über die Lohnverhältnisse der Nachener Textilarbeiter gewinnt man aus den Listen der Textil-Krankenkassen, worin die Mitglieder Klassenweise nach ihren Durchschnittslöhnen anzumelden sind. Die Ortskrankenkasse I für Nachen — mit Ausnahme von Burchheid und Nachen-Forst — zählte am Anfange vergangenen Jahres 8849 Mitglieder.

Von diesen entfielen auf

Klasse I mit 4,00 M. Lohn	1474 Mitglieder
2 „ 3,50 „	1635 „
3 „ 3,00 „	2006 „
4 „ 2,50 „	1097 „
5 „ 2,00 „	1075 „
6 „ 1,60 „	837 „
7 „ 1,20 „	491 „
8 „ 0,80 „	231 „

Von den Mitgliedern waren 476 Jugendliche unter 16 Jahren und über 400 Mitglieder, welche als Heimarbeitern mit Stopfen, Plättern und Spulen zu Hause tätig waren und in den unteren drei Klassen beschäftigt sind.

Die Weber gehörten fast ausschließlich den drei oberen Klassen an.

Es ergibt sich aus dieser Zusammenstellung, daß der Durchschnittslohn der Nachener Weber zwischen 3 und 4 Mk. pro Tag schwankt, gleich einem Wochenlohn von durchschnittlich 18 bis 24 Mk., gegenüber einem Wochenlohn für Weber und Weberinnen in Osnabrück von 13,99 Mk. wöchentlich. Wir betonen ausdrücklich, daß die Löhne der Nachener Weber in keiner Weise den heutigen Zeitverhältnissen entsprechen; unser Verband ist unermüdtlich tätig, Verbesserungen für die Kollegen zu erzielen. Die besten Beweise hierfür sind die zahlreichen Lohnbewegungen des vergangenen Jahres, durch welche oft unter den schwierigsten Verhältnissen annehmbare Verbesserungen erzielt wurden. Wir werden in derselben Weise auch in Zukunft unerbittlich um die Berücksichtigung von Seiten unserer „deutschen“ Freunde weiterarbeiten. Wenn bisher für die Appretur- und Spinnereiarbeiter nicht mehr getan werden konnte, so liegt dieses daran, daß diese Kollegen so ungenügend in der Organisation zu gewinnen sind. Die Lohnverhältnisse dieser Arbeiter sind durchweg ungenügend und bedürfen einer Aufbesserung.

Wie schon oben angeführt, hat das ganze Geschick des „Textilarbeiters“ den Zweck, durch übertriebene und entstellte Behauptungen über die wirtschaftliche Lage der Nachener Textilarbeiter die Leser genügend vorzubereiten auf die Behauptung im Schluß des fraglichen Artikels, wonach der christliche Textilarbeiterverband in Nachen Komödientheater zum Schaden der Arbeiter treibe. Es hört sich sehr friedfertig an, wenn der „Textilarbeiter“ schreibt:

„Wir haben diese Beispiele nicht angeführt, um etwa alte Wunden aufzuwärmen, sondern um den Beweis für die Berechtigung unserer Forderung: Fort mit allem Komödientheater! zu bringen.“

Wir bemerken hierzu: Das Aufreiben alter Wunden macht uns keine Schmerzen. Das beweist die obige Gegenüberstellung der Lohnverhältnisse zwischen Nachen und Thüringen, wobei der schmerzleidende Teil doch nur der „deutsche“ Textilarbeiterverband sein wird. Mit dem „Komödientheater“, wie es in Wirklichkeit vom „deutschen“ Verband in Nachen getrieben wird, werden wir uns in einem folgenden Artikel etwas näher beschäftigen.

Unsere heutigen Ausführungen und Gegenüberstellungen sollen nur den Nachweis erbringen, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband das Recht vertritt, Nachener Verhältnisse zu kritisieren, so lange er Zustände in seinen Domänen duldet, wie wir sie oben an Hand seines eigenen Fachorgans zahlenmäßig nachgewiesen haben. ew

### Badisch-Rheinfelden.

Die Vorgänge in Badisch-Rheinfelden haben immer mehr ihren Abschluß und ihre „Sühne“ gefunden. Es ist ein trauriger Abschluß. In Waldshut fanden vor drei Wochen 20 Arbeiter, die sich während des Streiks zu Ungehörigkeiten hatten hinreißen lassen, vor den Gerichtshöfen, um sich wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Sie wurden mit einer Gefängnisstrafe von mehr als 8 Jahren bestraft. Es ist dies ein außerordentlich bedauerlicher Ausgang. Die Angeklagten waren durchgängig jugendliche, hartlose Gesellen, ein Familienvater, der von einem Streikbrecher zum Krüppel geschossen war, und einen alte ergraute Männer. Nur ein Angeklagter war vorbestraft.

Der Verteidiger stellte als Strafmilderungsgründe hin die verzweifelte Lage der Arbeiter, der schon lange gegen das jugendliche Establishment in Badisch-Rheinfelden bestehende Groll, der in der gesamten Arbeiterbevölkerung geteilt wurde; der Schärferhandpunkt der plutokratischen Arbeitgeber. Die Angeklagten hätten sich an einem Zufallsverbrechen beteiligt; die Jahre und das Leben in Konflikte, in denen wir ungewollt und unbedacht, vor allem unüberlegt ein Gesetz übertraten. Die Angeklagten hätten nicht aus Hang zum Verbrechen, sondern mitgeritten im Strudel der Erregung und der Suggestion gehandelt. Durch die Provokationen des bezahlten Streikbrechertums sind die traurigen Folgen des Kampfes verursacht.

Geradezu empörend ist das Verhalten der Senatoren in diesem Falle. Ihre Presse, die sonst nicht genug über „Klassenpartei“ und „Klassenjustiz“ in den Tagen höchster Entzweiung schrie, findet in diesem Falle kein scharfes Wort gegen Staatsanwalt und Gerichtsurteil. Im Gegenteil, sie sucht die Klagen des Staatsanwaltes in diesem Prozeß für ihre Zwecke und Agitationsbedürfnisse umzubiegen und gegen die christlichen Gewerkschaften auszubringen. Sie schämen sich nicht, dann, wenn es ihren Agitationszwecke dienlich ist, eher mit unheimlichen Unternehmern, mit Kapitalisten und Staatsanwälten zu halten, als mit Arbeitern, die um ihr gutes Recht einen harten Kampf zu kämpfen haben.

Für Sache folgendes:

1. Der christliche Metallarbeiterverband war in Badisch-Rheinfelden erst ganz kurz eingetreten. Im Frühjahr 1909 zählte er 6 Mitglieder. Die Leitung des Verbandes hatte von einem Streik abgeraten. Es wurden lediglich einige Forderungen gestellt in der Annahme, daß bei der günstigen Lage des Betriebes einige Zugeständnisse auf friedlichem Wege zu erreichen seien. Die Gewerkschaften lehnten indes nicht nur jegliche Zugeständnisse ab, sondern ging sogar über, am 12. der empfindlichsten Agitationsarbeiter zu entlassen; andere sollten folgen. Dieses provokierende Vorgehen der Betriebsleitung hatte den Ausbruch des Streiks zur Folge.

2. Daß die Gewerkschaften des Betriebes Zugeständnisse hätte machen können, steht außer Zweifel. Das wird verdeutlicht in den letzten fünf Jahren folgende Dividenden: 18, 22, 26, 20, 18 Prozent. Auch hat die Firma nach dem Streik eine Anzahl von Verbesserungen vorgenommen, die sie vorher hartnäckig ablehnte. Das Vorgehen der Firma durch den Herrn Staatsanwalt Wehl war also völlig deflagrant.

3. Vom Beginn des Streiks (22. Juli) bis zum 13. August herrschte in Badisch-Rheinfelden außerordentliche Ruhe. Am 13. August morgens kam ein Streikstreiktransport mit 27 Mann an, darunter mehrere eben entlassene Jugendsträflinge. Die Arbeitsschichten wurden von einigen Angehörigen der Firma, zwei Verbannten und zwei Polizeibeamten begleitet. Erst dieser polizeilichen Begleitung kam die Streikbewegung zum Vorschein, die dann

einen von ihm abgegebenen Schuß nicht ein Streikender getroffen, sondern er selbst leicht an der Hand verletzt wurde, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß Fischer der Revolver beim Anlegen auf einen Arbeiter aus der Hand geschlagen wurde. Dieses Vorkommnis und weil Fischer nicht verhaftet wurde, hatte am Abend einen großen Volksauflauf und die durch den Waldshuter Prozeß bekannt gewordenen Vorgänge zur Folge. Am dem Krawall waren mehrere hundert Personen, darunter eine größere Anzahl jenseits des Rheines wohnhafter Schweizer beteiligt, die, wie selbst Herr Staatsanwalt Wehl ausführte, sich nachher wieder entfernten, ohne das etwaige Rückwärtsgehen zur Verantwortung gezogen werden konnten.

4. Dem gesellschaftlichen Bemühen des Herrn Staatsanwaltes Wehl, den Streikleiter Engel als den Urheber der Unruhen hinzustellen, war nicht der geringste Erfolg beschieden. Im Gegenteil: Anklagen und Zeugen sagten aus, daß Engel stets zur Ruhe gemahnt habe.

5. Angeklagt waren 21 Personen, worunter sich neun Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes befanden. Davon mehrere, die erst kurz vor dem Ausbruch der Organisation beitraten. Das Bestreben gegenwärtiger Kreise, den christlichen Gewerkschaften die Verantwortung für den Krawall und seine Folgen aufzubürden, müssen diese daher auf das entschiedenste ablehnen.

Was beim Durchlesen der Prozeßberichte selbstam berührt, ist, daß von sämtlichen neun beteiligten Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes die Organisationszugehörigkeit ermittelt und festgestellt wurde, während bei den übrigen 12 Angeklagten, von welchen mehrere sozialistische Organisiert sein sollen, ein gleiches Verfahren nicht beliebt wurde. Nicht minder fiel auf, daß Herr Staatsanwalt Wehl die Einigungsverhandlungen, die sich erst mehrere Tage nach dem Krawall abspielten, und mit ihm daher in gar keinen Zusammenhang gebracht werden konnten, in den Prozeß hineingezogen hat.

Soweit der Prozeß. Bekanntlich zeitigte der Streit in Badisch-Rheinfelden auch insofern eine Begleiterscheinung, als es zwischen dem Streikleiter Engel einerseits und den Herren Landeskommissar Straub (der in Gemeinschaft mit dem Amtmann Köpferer zwischen den Streikenden und der Firma vermittelte) und dem Herrn Regierungsrat Wittmann zu Differenzen kam, die die beiden letztgenannten Herren zu scharfen öffentlichen Erklärungen gegen Engel veranlaßten. Dazu folgendes:

Wahr ist, daß Engel in seiner ersten Veröffentlichung nach Beendigung des Ausstands mehr behauptete, als nach den Erklärungen des Herrn Landeskommissar Straub zwischen ihm und der Betriebsleitung vereinbart worden war; unwarer dagegen ist, daß Engel die fraglichen Behauptungen wider besseres Wissen aufstellte. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Herr Landeskommissar Straub gab sich, nachdem über Badisch-Rheinfelden der Belagerungszustand verhängt worden war, große Mühe, um die zwischen den Streikenden und der Betriebsleitung der Aluminiumwerke bestehenden Differenzen auszugleichen. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Betriebsleitung sich weder für bestimmte Vorschläge, noch für einen Termin, an dem eine Lohnerhöhung eintreten sollte, herbeilassen wollte, die Streikenden aber, durch reichere able Erfahrungen mit der Betriebsleitung gewöhnt, ohne bestimmte normierte Lohnzuschläge die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten. In dieser Situation redete Herr Landeskommissar Straub auf die Vorschläge ein, doch der Betriebsleitung Beträuen entgegenzubringen und ließ dabei beschwichtigende, den Arbeitern befriedigende Zusicherungen eröffnen. Diese Bemerkungen einfließen. Die diesbezüglichen Auslassungen des Herrn Landeskommissar Straub sagte nicht nur Herr Engel, sondern auch andere der Streikkommission angehörige Arbeiter als im Sinne ihrer, an gleichen Vornamtag gedrückten Wünsche auf, daß nämlich, wenn auch nicht bestimmt vereinbart, eine zeitweilige Lohnerhöhung bis 15. September eintreten mußte. Diese Sachlage laut die Darstellung Engels über die erzielten Verbesserungen nicht als willkürliche Unwahrscheinlichkeit hingestellt werden, um so weniger, als einige Wochen nach dem Streik die Firma tatsächliche Verbesserungen in dem von Engel behaupteten Umfange eintreten ließ. Die Betriebsleitung sagt allerdings, daß „die Aufbesserung auf einem freiwilligen Einigungsvertrauen“ beruhe; ein solches Verfahren habe indes höchstens Glücken bei „guten“ Betriebsverhältnissen, nicht aber in einem Gewerkschaftskampfe. Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht, nachdem diese bedauerlichen Vorgänge sich ereignet und die Ruhe wieder hergestellt war, die Behörden dem Generaldirektor, der ihrer Einladung zu Verhandlungen nicht Folge leisten wollte, mit der Jurisdiktion des Richters drohten, die Arbeitsschichten des Betriebes verließen, Engel der Beendigung des Ausstands seine Zustimmung gegeben haben sollte, wenn er nicht selbst der Überzeugung gewesen wäre, daß bei Verhandlungen Zugeständnisse an die Arbeiter gemacht worden wären. Weiter herrscht der empfindliche Metallarbeiterverband bei ca. 25000 Mitgliedern zu dieser Zeit über rund 750000 Mark Vermögen und war außerordentlich in großer Streiks verwickelt, wobei für ihn jeder rechtliche Grund fehlte, den Streik plötzlich, als einseitig abzubrechen.

Die Differenzen zwischen Herrn Engel und Herrn Landeskommissar Straub und Regierungsrat Wittmann über die Einigungsverhandlungen in Badisch-Rheinfelden waren sowohl durchgängig nicht so weitgehender Natur, als daß die in der Sache gemachten vielen und zum Teil scharfen Erklärungen als notwendig angesehen werden können. Den Anlaß zu diesen Erklärungen gab zudem der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der an dem Krawall in Badisch-Rheinfelden gar nicht beteiligt war und trotzdem nachher mit einer wahren wahrheitswidrigen Hege gegen den christlichen Metallarbeiterverband einlegte. Unnötig ist auch, daß die Spitze der christlichen Gewerkschaften Engel seine Ehrenhaftigkeit attestierten. Man ist vielmehr, daß Engel in dem letzten Monat in Nachen nicht mehr agitatorisch tätig war und erst demnach endgültig in der Angelegenheit eine Entscheidung herbeigeführt wird. Ueber die Begleiterscheinungen der Vorgänge in Badisch-Rheinfelden ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Darüber wird demnach weiter gerichtet werden.

### Aus dem Reichshaushaltsetat

für das Rechnungsjahr vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 sind einige Darlegungen auch in der Gewerkschaftspreß angebracht. Es betragen:

Fortdauernde Ausgaben	2311 986 208 Mk.
Einmalige Ausgaben	348 574 378 "
Im außerordentl. Etat	190 734 269 "
	3851 294 855 Mk.

Die Ausgaben des ordentlichen Etats sollen gedeckt werden durch Steuern aus den Einnahmen an Zölle, Steuern und Gebühren, fobann durch Matrifalarbeiträge (225 512 000 Mk.).

Die im außerordentlichen Etat vorgesehene Summe wird gedeckt durch Anleihen.

Der größte Ausgabenposten ist für das Reichsheer und erscheint mit einem Ansatz von 709 237 910 Mark fortdauernder Ausgaben im ordentlichen Etat. Dazu kommen die einmaligen Ausgaben von 75 721 384 Mk. und 22 499 100 Mk. im außerordentlichen Etat. Das sind zusammen 807 458 394 Mk.

Für die Verwaltung der Marine sind eingeseht im ordentlichen Etat fortdauernde Ausgaben 158 052 484 Mk., 11 991 461 Mk. mehr als im Etat (mit Nachtrag) 1909.

An einmaligen Ausgaben sind vorgehoben 163 299 280 Mk., 14,5 Millionen Mk. mehr als für 1909. Im außerordentlichen Etat findet sich ein weiterer Posten von 112 736 469 Mk., fobad insgesamt die Ausgaben für die Marine sich auf 434 088 233 Mk. belaufen.

Heer und Marine kosten uns demnach 1910/11 1241 546 627 Mark.

Der größte Posten im Heeresetat ist der für Naturalverpflegung. Der Bedarf für das 1. preussische, sächsische, württembergische Militärkontingent ist veranschlagt auf 169 490 029 Mk. Dazu kommt ein Betrag von mehr als 20 Millionen Mk. für das 2. bayerische Heer. Für die Geldverpflegung der Truppen, an Lösung, sind insgesamt rund 188 Millionen Mk. aufzubringen.

Die Bekleidung und Ausrüstung der Truppen erfordert 41 673 104 Mk., dazu rund 4,5 Millionen Mk. für Bayern.

Für Artillerie- und Waffentwesen in Preußen, Sachsen und Württemberg sind angelegt 57 566 368 Mk., gegen das Vorjahr 1,17 Millionen Mark mehr. Eine halbe Million Mk. mehr dient zur Beschaffung von Munition. Für die technischen Institute sind in Ansatz gebracht 2 685 735 Mark.

An Löhnen und Wohnungsentwöhnungen für das Arbeiterpersonal bei den technischen Instituten der Artillerie in Preußen sind ausgewiesen 15 527 000 Mk., rund 2 Millionen Mk. mehr als im Vorjahr. Zu demselben Zwecke sind im bayerischen Etat 1909 3,8 Millionen Mk. eingeseht. Der Etat für 1910 trägt dem bayerischen Landtage noch nicht vor. Im Etat für das sächsische Kontingent sind eingeseht 1,4 Millionen Mk.

Sozialversicherung. Ausgaben infolge der Unfallversicherung: Preußen 495 000 Mk., Sachsen 15 450 Mk., Württemberg 2 220 Mk.; Invalidenversicherung: Preußen 294 000 Mk., Sachsen 28 780 Mark, Württemberg 6 061 Mk.; Krankenversicherung: Preußen 403 000 Mk., Sachsen 47 620 Mk., Württemberg 10 372 Mk.; Unterhaltungen an das Betriebs- und Arbeiterpersonal: Preußen 1 626 300 Mk., Sachsen 52 832 Mk., Württemberg 13 482 Mk.

Im bayerischen Etat 1909 sind eingeseht: Für Sozialversicherung 209 500 Mk. für Unterhaltungen an das niedrigenberechtigte Betriebs- und Arbeiterpersonal (an Invaliden- und Unfallrenten, sowie an Witwen) 170 417 Mk. Die letztere Summe ist um 21 413 Mk. geringer, als sie im Verhältnis zum Hauptanteil der Heeresverwaltung sein sollte.

Aus dem Marineetat 1910 führen wir folgende Posten an:

Selbverpflegung der Marineteile	36 384 358 Mk.
Naturalverpflegung	3 008 120 "
Bekleidung	454 622 "

An Leistungen zur Sozialversicherung sind in Ansatz gebracht 983 000 Mk.; zur Schaffung und Unterhaltung von Wohnheimen für das in der Marinebetriebe beschäftigte Arbeiterpersonal 63 975 Mark; zum Betriebe des Reichstranckenhauses in Wilhelmshafen 36 000 Mk.

Hinsichtlich der Unterhaltung und der Witwenversorgung heißt es im Dispositiv des Etats: Aus allen Fonds, aus welchen Arbeitslöhne bezahlt werden, darf zu Aufwendungen für Alters-, Witwen- und Kinderversorgung früherer Arbeiter, sowie zur Unterhaltung noch aktiver Arbeiter ein Betrag bis zu 2% vom Hundert der gezahlten Remunerationen und Arbeitslöhne verwendet werden, welche der Marinearbeiter-Unterstützungskasse zufließt.

Von mehr allgemeinem Interesse ist der Etat des Reichsamts des Innern. Bei den Einnahmen sind dort verzeichnet 297 000 Mk. Rückzahlungen aus der Verwendung des Fonds zur Unterhaltung von Wohnheimen für Arbeiter und gering bezahlte Beamten in den Betrieben des Reichs. Zu diesem Zwecke sind in den letzten Jahren alljährlich 4 Millionen Mk. aus Reichsmitteln bereit gestellt worden. Zur Unterhaltung deutscher Seemannshäuser im Auslande sind 16 000 Mk. vorgehoben. Für die Herausgabe des „Deutschen Handels-Archivs“ und für die „Nachrichten für Handel und Industrie“ zusammen 85 000 Mk. Beitrag des Reichs zu den Kosten der Zentralstelle für Volkswirtschaft 10 000 Mk. Zuschuß zur Reichsinvalidenversicherung der Arbeiter 52 400 000 Mk. oder 1,13 Millionen Mk. mehr als im Vorjahr. Zur Unterhaltung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften 3 022 000 Mk. Zur Unterhaltung der künftigen Auslieferung für Arbeiterwohlfahrt 40 000 Mk. An die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterlöhne 8 000 Mk. Wen ist der Ansatz des Reichs von 30 000 Mk. als Beitrag zu den Kosten des Verbandes deutscher Arbeitervereine.

### Aus dem Verbandsgebiete.

Alle diejenigen, die mit der „Allgemeinen Deutschen Kranken- und Begräbnisanstalt“ zu Eisenach in Thüringen irgend wie in geschäftlicher Verbindung gestanden haben, insbesondere alle diejenigen, die mit dieser Krankenkasse böse Erfahrungen gemacht haben, werden dringend gebeten, die in ihren Händen befindlichen Briefe, sonstige Schriftstücke, Satzungen usw. einzuliefern. Hierbei ist eine kurze Angabe der Gründe erwünscht, warum die Eisenacher Krankenkasse kein Sterbegeld zahlte oder die Mitglieder ausschloß. Je mehr Material, desto besser. Auf Wunsch werden alle baren Auslagen erstattet. Die gewünschten Sachen sind zu senden an W. Bartelt, Arbeitersekretär im evangelischen Volksbureau, Rosen, Halbborststraße 4.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

Goefeld. Verschiedene Vorkommnisse in der Spulerei der Firma „Goefeld der Buntwebereien“ nötigt uns, an die Öffentlichkeit zu treten. Dem Spulmeister, Herrn Puttmacher, scheinen die Scheererinnen, namentlich die organisierten, zu viel zu verdienen. Wenn früher mal keine Arbeit vorhanden war, wurden die Arbeiterinnen in Tageslohn beschäftigt, jetzt heißt es, wir wollen mal englisch machen und bleiben zu Hause. Beschwerten sich die Arbeiterinnen, so heißt es, sie verdienen noch zu viel, oder sie möchten gehen, wenns ihnen nicht gefiele, oder sie sollten bei der Firma Crone Arbeit annehmen, dort verdienen sie jedenfalls mehr. Ist vielleicht Herr Puttmacher deshalb von Grevenbroich nach Goefeld gekommen, um sich zu verschleiern? Läuft den Scheererinnen die Maschine mal etwas zu weit, gleich gibts 1 Mk. bis 1,50 Mk. Strafe. Ketten, die sonst auf 14 Hülsen geschert wurden, scheert man jetzt auf 7 Hülsen, natürlich wird den Arbeiterinnen vom Lohn abgezogen, fobad diese einen bedeutenden Schaden haben. Es ergibt sich bei der Firma eine Kontrolluhr; wer zu spät kommt, wird bestraft. Das hindert aber den Spulmeister nicht, die Arbeiterinnen groß anzufahren, wenns noch nicht mal zu spät ist. Auch ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß Oberbeamte, die sonst aus Zwirn gemacht wurden, aus gewöhnlichem Garn gemacht werden. Auch als Schlichtmeister scheint sich der Herr Puttmacher zu gefallen. Wir meinen, es wäre gut, wenn jeder den Platz, den er hat, gut ausfüllt, damit jeder zu seinem Rechte komme. Mit allem Schlitzen kommt man schließlich doch zu nichts, und wir werden auch schon die Augen offen halten, daß die organisierten Arbeiter nicht bei jeder Gelegenheit zurückgejagt werden.

Der Schluß. Schon mehrfach haben wir uns zu unserem Bedauern geäußert, an dieser Stelle Vorkommnisse aus einigen Betrieben zu besprechen, die wir lieber nicht öffentlich bekannt hätten. Wenn jedoch Vorkommnisse und Ermahnungen fruchtlos bleiben, so sind wir verpflichtet, Arbeiterrechte und Arbeiterrechte öffentlich zu schützen und zu verteidigen. Im Sommer des vergangenen Jahres wandten sich einige Arbeiterinnen von Goefeld bei Schmeiderberg an unseren Bezirksleiter. Der Meister S. hatte einige Arbeiterinnen durch schmutzige, unästhetische Lebensarten und Zudringlichkeiten schwer beleidigt. Unser Bezirksleiter machte die Firma schriftlich auf die Schmutzereien dieses Meisters aufmerksam und ersuchte dieselbe, für Abstellung der Mißstände sorgen zu wollen. Von einigen Arbeiterinnen und viellecht auch leitenden der Firmenleitung auf seine Pflichten als Vorgesetzter, der ja nicht nur in der Arbeit, sondern auch in seinem sittlichen Verhalten den Arbeitern mit gutem Beispiele vorzugehen soll, aufmerksam gemacht, verwandelte sich der sonst so liebenswürdige Herr Meister plötzlich in einen sehr gefressenen Herrn, der nur den armen Arbeiterinnen glauben lassen wollte, daß sie nicht zu ungeschickt sein dürften ihnen gegenüber zur Kenntnis der Firma bringen zu dürfen. Die betroffenen Arbeiterinnen wurden nun beschimpft und fortgesetzt mit Entlassung bedroht. Ganz besonders hatte es dem Meister unser Textilarbeiterverband angetan. Wie kann sich auch ein Angestellter dieses Verbandes unterlassen, die Beschwerden der Arbeiterinnen der Firma mitzuteilen und Abschlüsse zu verlangen? Deshalb glaubt der Herr Meister auch jedenfalls mit unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern besser auskommen zu können. Deshalb wird tüchtig über den Verband geschimpft und dafür gesorgt, daß die organisierten Arbeiterinnen, mögen sie noch so tüchtig sein, aus den Arbeitsstellen herausgedrängt oder etwa nach einer Krankheit nicht wieder eingestellt werden. Ob die Firma mit dem Vorgehen des Meisters St. einverstanden ist? Wir glauben es kaum. Jedenfalls ist es bald an der Zeit, daß der Meubur geschaffen wird, jaft werden wie demnach auf andere Weise für Abschlüsse sorgen.

Aber nicht nur die männlichen, auch die weiblichen Angehörigen verdienen sich hier und da Antippen an, die nicht immer gleich mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe bedeckt werden können, besonders dann nicht, wenn solche häßlichen Angewohnheiten drohen. Chronisch zu werden. Es haben wir hier bei einer Firma eine Frau, die sich Meisterin nennt und deshalb doch auch als Vorbild den ihr unterstellten Arbeiterinnen dienen soll. Wenn Schweigen Gold und Reden Silber ist, dann schwärmt unser Meisterin S. urgewisselt für die Silberverehrung, denn ihr Mannchen Luppert und plappert den ganzen Tag ohne Unterlaß, so daß böse Zungen behaupten, bei diesem ewigen Gerede würde nicht einmal Silber, sondern meist nur Blech zutage gefördert. Deshalb raten wir jedem, das aus dieser Quelle bezogene Metall genau zu prüfen und nicht etwa schlechtes Blech für gutes Silber auszugeben, damit nicht ein Unschuldiger oder Unvorsichtiger geschädigt wird. Wer nun sein Räulchen den ganzen Tag lurren und schnurren läßt, der muß sicher sehr vieles wissen, wenn er immer etwas neues erzählen will. Und etwas neues muß es doch immer sein. Wenn man schon aus einem Kräutchen Wahrheit die Säge einen ganzen Maß Brot backt, so gehen mitunter doch selbst diese Kräutchen aus. Das macht unser Meisterin aber gar keine Sorgen, die langt solange an ihren Fingern, bis sie eine neue „Weisheit“ zusammen hat. So besaßte diese „Dichterin“ neulich, zwei Kolleginnen, Mitglieder unseres Verbandes hätten die Arbeitslohnunterstützung nicht bekommen. Wir brauchen hier wohl nicht zu betonen, daß die Frau sich dieses Räulchen wieder aus den Fingern gezogen hat, wie möchten der Brauen aber den guten Rat geben, nicht mit dem christlichen Namen anderer Leute zu spielen, sonst müßten wir ihr doch raten, daß auch sie nicht ungeprüft eheliche und brave Krügen verkleumen darf. Auch möchten wir ihr noch raten, fets ihren Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber so gewissenhaft und pünktlich nachzukommen, wie es seitens unserer Organisation geschieht.

Zum Schluß noch: Den Eltern, welche ihre Kinder zur Fabrik schicken, kann nicht dringend genug angeraten werden, sich fets eingehend um dieselben zu kümmern und sie nur solchen Arbeitgebern anzustempeln, die dafür garantieren, daß in ihrem Betriebe Sittlichkeit und Anstand gewahrt wird, damit die Kinder durch gewissenlose Meister oder Mitarbeiter nicht verdorben werden.

Düssen. Unsere Ortsgruppe hielt am 14. Dez. eine Förderer- und Vorstandssitzung ab. Anwesend waren der Vorstand und sieben Vertrauensleute.

Die Kollegen Roberts und Dralen erklärten, das Amt als Vertrauensmann nicht mehr führen zu können. Für die beiden sollten dann sobald wie möglich ein paar neue Kollegen gesucht werden. In der Diskussion erklärte Kollege Dralen, das Amt solange beizubehalten, bis der Vorstand einen anderen guten Bewerber habe. Wegen Anschaffung einer Bibliothek wurde folgendes beschlossen: Es soll der Wunsch unserer Ortsgruppe zuerst dem Ortsrat vorzulegen werden, denn es ist zweckmäßiger, wenn im Ortsrat eine Bibliothek angelegt wird, woran sich dann sämtliche Berufe beteiligen könnten. Sollte dieses aber nicht vom Ratell möglich gemacht werden können, so werden wir uns eine eigene Bibliothek gründen.

**Forchheim.** In einer am 1. Januar abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung wurde der Beschluss gefasst, für die Mitglieder einen Buchführungskursus abzuhalten. Eine Resolution, in der die von den Arbeitgebern errichteten einseitigen Zwangsarbeitsnachweise scharf verurteilt und die allgemeine gesetzliche Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. Am 23. Januar findet im Evangelischen Vereinshaus eine größere allgemeine Textilarbeiterversammlung mit Vortrag des Kollegen Müller-Bamberg statt. Kein Mitglied darf unentschuldig dieser Versammlung fernbleiben. Die Mitglieder werden gebeten, Unorganisierte zur Versammlung mitzubringen. Auch Frauen haben Zutritt.

**Güterloh.** Am 18. Dez. fand die Generalversammlung statt. Vom Vorsitzenden Thumel eröffnet und geleitet, wurde zur Neuwahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder geschritten. Kollege Thumel wurde fast einstimmig als erster Vorsitzender wiedergewählt. Ferner wurden noch die Kollegen Bölenhans als zweiter Vorsitzender, Hippe als Schriftführer und Wittenbrink als zweiter Kassierer gewählt. Als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Weylaw und Semöster gewählt. Zu Kartellbelegierten wurden die Kollegen Wilschaff, Hippe und Semöster, als deren Stellvertreter Bölenhans, Kränzelmann und Schürmann bestimmt. Nachdem die Wahlen erledigt waren, hielt Kollege Hippe einen kurzen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage unseres Verbandes“. Redner streifte kurz die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage des Jahres 1909, erinnerte an die verschiedenen Gesetzesvorlagen, Gewerbenovellen, Arbeitskammern, Versicherungsordnung und schloß mit der Bitte an alle, mitzuarbeiten, damit das Jahr 1910 wieder ein Jahr des Fortschritts in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht werde.

**M. Stadbach.** Ueber den Wert der Statistik im Laufe des Jahres sind im hiesigen Bezirke in einer ganzen Anzahl von Ortsgruppen sogenannte Lohnbücher eingeführt worden. Diese Einrichtung ist zur Erlangung einer genaueren Statistik unentbehrlich. Es werden nun hier und da allerlei Einwände geltend gemacht. Unter anderem wird vermutet, daß diese Einrichtung getroffen worden wäre, um den Vorständen die Gelegenheit zu verschaffen, den Verdienst der einzelnen Mitglieder herauszufindeln. Aus diesen und anderen Gründen gibt es Mitglieder, die die Aufstellung der Bücher nicht vornehmen wollen. Solche Mitglieder sind aber von einem Verstum befangen. Hätten sie alles, was über dieses Thema schon gesagt und geschrieben worden ist, beachtet, so würden ihnen diese Gedanken nicht mehr gekommen sein. Die ganze Einrichtung ist nur dem Interesse der einzelnen Mitglieder dienlich. Früher ist in Versammlungen sowie auch in der Presse öfter darauf hingewiesen worden, man möge die einzelnen Lohnzettel zeitig vorzubringen, um sie, wenn nötig, zur Hand zu haben. Leider ist diesen Ratsschlüssen nur in den seltensten Fällen Folge geleistet worden. Darum die Einführung des Lohnbuches. Es soll erstens eine Uebersicht über den Verdienst gewähren. Zweitens soll es auch eine genaue Angabe über die Arbeitszeit bieten. Dieses ist auch von Wichtigkeit. Werden bei Gelegenheiten von Bewegungen, Prozessen am Gewerbegericht und dergl. an die Arbeiter mal Fragen über die Beschäftigung gestellt, so wird in den seltensten Fällen eine genaue Angabe möglich sein, besonders in Zeiten unangünstiger Konjunktur, wo das Wort in den Webereien zur Regel geworden ist. Die richtige Beantwortung dieser Frage ist aber sehr wichtig. Hierdurch kann erst festgestellt werden, nachdem eine Uebersicht über den Verdienst vorliegt, wie hoch sich der Durchschnittsverdienst für den einzelnen Tag stellt. Danach wird ferner nach in Erwägung, daß bei allen Operationen der Gewerkschaft der Verdienst mit inbetracht gezogen werden muß, so wird man auch einsehen, daß auf die Lohnbücher großes Gewicht gelegt werden muß. Nur mit richtigen Zahlen wird man bei den Unternehmern imponieren.

Drittens bietet das Lohnbuch auch für das Mitglied selbst viel Wichtiges. Nehmen wir hier nur die Steuerberechnung heraus. Ist nicht mancher unter den Arbeitern, der meint, zu hoch veranlagt worden zu sein? Kann er die Veranlagung auch nachprüfen? Die letztere Frage ist mit „Nein“ zu beantworten, wenn er keine Aufzeichnungen gemacht resp. keine Unterlagen hat. Mit dem Lohnbuch ist man aber zu jeder Zeit in der Lage, eine Prüfung vorzunehmen. In dem Buche sind alle erforderlichen Unterlagen gesammelt. Es entsteht dann auch kein Zweifel, ob ein vom Arbeitgeber angestellter Lohnanspruch richtig ist. Dann soll das Lohnbuch viertens durch seine Uebersicht für Ordnung in der Haushaltlichkeit sorgen. Durch die ständigen Eintragungen kann der Arbeiter in der Lage sein, sein schwanmendes Einkommen zu übersehen und hiernach den Haushaltsplan einzurichten. So wird wohl jedes denkende Mitglied bei der Ueberzeugung kommen, daß diese Einrichtung für den Verband sowie für das einzelne Mitglied nur nützlich sein kann. Strände sich daher keiner, die erforderlichen Eintragungen zu machen, wir sind überzeugt, wenn er nach einem Jahre sich seine Arbeit mal ansieht, er selbst seine Freunde daran haben wird und solche nicht mehr für die Zukunft entbehren wird.

**Söppingen.** Wie die sozialdemokratischen Arbeiter (Fabrik-) Ausschussmitglieder die Arbeiterinteressen vertreten, konnten die hiesigen Textilarbeiter, namentlich die Arbeiterinnen, wieder einmal an sich selbst verspüren. Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung betr. die 10-stündige bzw. 8-stündige Arbeitszeit an Samstagen für Arbeiterinnen Rechnung tragend, wurde von den Textilfabrikanten angeordnet, daß Samstags nachmittags statt bisher 5 1/2, um 4 Uhr Feierabend gemacht werde. In neun Betrieben wurde diese Regelung begrüßt; war es doch dadurch den Arbeiterinnen ermöglicht, ihre Haushaltsgeschäfte besser besorgen zu können und den Sonntag frei zu bekommen. Nur im zehnten Betriebe, bei der Firma Gebr. Frankfurter, wo die „Elite“ des sozialdemokratischen Verbandes im Arbeiterausschuss sitzt, wurde von diesem eine andere Regelung verlangt. Er verlangte, daß die Arbeiterinnen, statt der üblichen Arbeitszeit um 7 Uhr, erst um 8 Uhr anfangen und nachmittags um 5 Uhr Feierabend erhalten sollten, damit die Arbeiter nicht auch eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit hätten. Dadurch wurde den Arbeiterinnen die wichtigste Wirkung der neuen Verordnung genommen. Wohlgerne, das sind zum Teil die gleichen Leute,

welche bei der „rühmlichen“ Lohnbewegung von 1907, bei der der Streit vom sozialdemokratischen Verband empfohlen wurde, nicht um Lohnforderungen durchzubringen, sondern um den Klassenkampf zu entfachen, die Forderung aufstellten und vertraten, an Sonntagsmittagen „Stokken“ sämtliche Textilbetriebe ruhen, damit die Arbeiterinnen ihre häuslichen Arbeiten besser erledigen könnten. Theorie und Praxis ist eben auch bei „unseren Leuten“ zweierlei.

**Rheindahlen.** Das Krankengeld sowie auch die Arbeitslosenunterstützung wird vom 16. Januar ab im Lokale von Ww. Knieps Sonntags morgens von 10-11 Uhr ausbezahlt von Joh. Birnbaum. Wer zu dieser Zeit nicht kommt, muß nach der Wohnung des Kollegen Birnbaum (Waldhofen) kommen.

**Reine.** Unsere letzte Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nach Erstattung des Jahresberichts wurden die Vorstandswahlen getätigt. Punkt zwei Vorstandswahl. Von den Auscheidenden wurden die Kollegen Subert Nießen und Hermann Weber wiedergewählt; für den Kollegen Kellmann, der eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Bernhard Nagelschmidt neugewählt. Die Kollegen Ludwig Bultmann, Hermann Henter, Cornelius van der Boos, Bernhard Weib, Heinrich Stollbrügg, Bernhard Nagelschmidt und Friedrich Schilling wurden als Kartellbelegierte bestätigt. Es soll eine Hausagitation stattfinden. Einige Kollegen erklärten sich zur Mitarbeit bereit, doch kann und darf uns das nicht genügen, denn der Verband ist für uns alle da. Deshalb sollen wir auch alle für den Verband da sein. Auch ist es unedel von den Mitgliedern gehandelt, die ganze Agitationsarbeit auf ein paar opferwillige Kollegen abzuwälzen und an diesen Kollegen dann auch noch ungerechte Kritik üben. Ist das gewerkschaftliche Arbeit? Tretet alle für eure Berufsorganisation ein, ihr seid es eurer gewerkschaftlichen Ehrenschuldig! Laßt alles Kleinliche abseits liegen und bringt doch gemeinsames, opferfreudiges Hand in Hand arbeiten euren Stand und eure Organisation zu Ruhm und Ehren.

**Zittau.** Am 2. Jan. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug im vergangenen Jahre durchschnittlich 18. Die gesamten Einnahmen betragen 327,45 M., die Ausgaben 228,22 M., so daß noch ein Betrag von 99,23 M. an die Kartellkasse gefandt werden konnte. Die Ausgaben verteilen sich auf folgende Posten: Maßregelungsunterstützung 96 M., Rechtschutz 1 M., Krankengeld 48,90 M., Sterbeunterstützung 40 M., gleich 185,90 M., Anteil der Ortsgruppe 12,42 M., gleich 42,32 M. Lokalkasse: Die Einnahmen betragen für 1909 66,22 M., die Ausgaben 61,22 M., Bestand vom letzten Quartal 1908 18,73 M., mithin bleibt ein Ueberschuß von 23,73 M. für das erste Quartal 1910. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Zum Vorsitzenden wurde Kollege Heinrich Niefer, zum Kassierer Kollege Otto Thomas, zum Schriftführer Kollege Müller gewählt; zum Vertrauensmann wurde Kollege Kutter wiedergewählt, zu Revisoren wurde die Kollegen Kutter und Kollege Mey bestimmt. Kollege Heinrich Niefer hielt sodann noch einen kurzen Vortrag. Dann wurde die Versammlung vom Kollegen Thomas geschlossen.

### Aus unserer Industrie.

#### Elektrisch betriebene Handwebstühle.

Ein früherer Weber in Hohenstein-Ernstthal hat vor einiger Zeit den Versuch, alte Handwebstühle für den elektrischen Betrieb umzubauen, unternommen. Ein angestellter Versuch dieser Art ist nicht unangünstig ausgefallen. Augenblicklich ist der betreffende Stuhl außer Betrieb gesetzt, da an ihm noch verschiedene Verbesserungen zur vollkommeneren Ausnutzung der elektrischen Betriebskraft angebracht werden sollen. Sofern die noch zu erwartenden weiteren Versuche fernere günstige Ergebnisse zeitigen sollten, würde die Umwandlung der Handwebstühle in solche mit elektrischem Betriebe der Hausindustrie wieder eine auskömmlichere Zukunft für den Kampf um ihre Existenz eröffnen. Die Erörterungen sollen fortgesetzt werden. Das sächsische Ministerium des Innern hat über den Sachstand Bericht gefordert. In der Scheuerwuchshausweberei der Witzthener und Schirgiswalder Gegend sind bereits Handwebstühle mit elektrischem Betrieb im Gange und haben sich gut bewährt. So berichtet die „Greizer Zeitung“ in ihrer Nr. 281 vom 3. Dez. 1909, der wir diese Notiz entnehmen.

#### Die Textilindustrie im Jahre 1909.

Was der Jahresanfang dem Textilgewerbe versprochen hatte, das hat der Verlauf des Jahres in vollem Umfang erfüllt: die Textilindustrie tritt in das Jahr 1910 infolge der allgemeinen Erholung während des Jahres 1909 in erheblich gesteigelter Verfassung ein, als es zu Anfang 1909 der Fall war. Die meisten der zahlreichen Fabrikationszweige, in die sich die Textilindustrie teilt, können mit einiger Vertriebung auf das vergangene Jahr zurückblicken; die Enttäuschungen, die ja auch in den besten Jahren nicht ausbleiben, wurden reichlich aufgewogen durch die kaum so kräftig erwartete Belebung des Geschäftsganges. Ganz gleichmäßig sind natürlich Licht und Schatten nicht verteilt, und so nimmt es weiter nicht wunder, daß das Baumwollgewerbe infolge der Preishausse am Rohstoffmarkt nicht ganz so befriedigend abschnitt wie z. B. das Wollgewerbe; dafür war letzteres aber auch wieder stärker von der Krise getroffen worden. Auch die läßliche Witterung des Jahres 1909 kam der Entwicklung des Wollgewerbes sehr zugute, da sie den Absatz von Wollwaren sichtlich begünstigte. Die Seidenindustrie kann einigermaßen zufrieden, die Leinenindustrie sehr zufrieden auf das Jahr 1909 zurückblicken. Schon die Vorbereitungen zur Frühjahrssaison trugen ein lebhafteres Gepräge als 1908, und als die Entwicklung des Frühjahrsgeschäftes den Hoffnungen nicht nur entsprach, sondern sie vielfach sogar übertraf, da wurden die Arbeiter für den Sommer und Herbst mit verdoppelter Intensität in Angriff genommen und die Sommerzüge lastete nicht entfernt so stark auf dem Gewerbe wie im Jahre zuvor. Zahlreiche statistische Unterlagen bestätigen den geschiedenen Verlauf. Die Zunahme der Beschäftigungsgesamtheit hatte erhebliche Neuenstellungen zur Folge; entlassene Arbeitskräfte wurden wieder, andere neu eingestellt.

Die Zunahme der Beschäftigungsgesamtheit charakterisiert die Bewegung der Beschäftigtenziffer bei rund 470 Betrieben, deren Zu- resp. Abnahme von einem Monat zum anderen sich folgendermaßen entwickelte. Sie betrug in Prozenten:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1908	+0,9	-0,5	-1,4	-0,3	-0,8	-1,0
1909	+0,5	+0,3	+0,1	+0,8	-0,1	-0,1
	Juli	August	September	Oktober	November	
1908	-0,9	-0,03	+0,01	+0,9	+1,3	
1909	-0,02	-0,05	+0,7	+0,5	+1,4	

Von Januar und Oktober abgesehen haben alle Monate eine Besserung gegen 1908 gebracht; entweder war die Ermattung schwächer oder die Belebung stärker als im vergangenen Jahre. Die Einstellung der neuen Arbeitskräfte bedeutete nicht nur eine Steigerung der Nachfrage, sondern breitete auch den Arbeitsmarkt von dem drückenden Angebot, das von 1908 her auf ihm lastete. Vom zweiten Quartal ab blieb der Andrang Arbeitsuchender Monat für Monat hinter dem des Jahres 1908 zurück; im Oktober war er sogar wieder niedriger als 1907 und ging auch im November nur ganz unbedeutend über den damaligen hinaus. Gegenüber dem Monat Januar ergibt sich im November d. J. auf je 100 offene Stellen eine Erleichterung um 27,04, während 1908 eine Verschlechterung um 29,28, 1907 eine solche um 20,92 und 1906 eine um 11,53 eingetreten war. Sowohl nach der Bewegung der Beschäftigten als auch nach dem Gepräge des Arbeitsmarktes zu urteilen, ist die Besserung gegenüber 1908 fraglos.

Aber noch eine andere Erscheinung bestätigt die kräftige Erholung im Jahre 1909. Infolge der starken Zunahme der Nachfrage bei den Webereien wurden nicht etwa in Erwartung kommender Mehrarbeit eingestellt, sondern den Betriebsausdehnungen lag ein tatsächlicher Arbeitszuwachs zugrunde und die Rohstofflager wurden in ausgedehntem Maße wieder aufgefüllt, um keine Stockung in der Verarbeitung eintreten zu lassen.

Die Zufuhr ausländischer Textilrohstoffe ging im Jahre 1909 wieder erheblich über die des Vorjahres hinaus; die Einfuhr abzüglich der Ausfuhr betrug bei Baumwolle, Wolle, Seide, Jute, Flachs, Hanf, Hebe, Ramie u. ingesamt in den ersten elf Monaten 7824 298 Doppelzentner oder 435 292 Doppelzentner mehr als 1908. Die Hauptimportierung erfolgte im ersten Halbjahr und im letzten Quartal; von Januar bis einschließlich Mai ging die Rohstoffzufuhr um 303 852 Doppelzentner oder um 7 Proz. über die von 1908 hinaus. Juni bis September brachten Abnahmen, die aber durch die Zunahmen im Oktober und November weit überholt wurden. Geringer als 1908 war nur die Zufuhr von Flachs, Hanf, Hebe, Ramie u. bei allen anderen Rohstoffen, also Baumwolle, Wolle, Seide und Jute sind durchweg beträchtlich größere Zufuhren als 1908 zu beobachten gewesen.

### Gewerkschaftliches.

#### Aus unseren Verbänden.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Praxis. Man schreibt uns: Schon im Jahre 1908 ist es einige Mal versucht worden, die Arbeiterkraft von Konstabt (Schlesien) für unseren Verband zu gewinnen. Es zeigten einige Arbeiter Interesse für unsere Sache. Im Schluß des vergangenen Jahres ist es dem Kollegen Müller-Weßlau gelungen, eine Ortsgruppe zu gründen. Die mit der Gründung verknüpften Vorkommnisse sind aber weit, weiter bekannt zu werden.

Am 18. Dezember fand eine Versammlung für die Arbeiter der Flachsdrehe statt, in der unser Bezirksleiter über die Möglichkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes referierte. Nach dem Vortrage traten sämtliche anwesenden Kollegen aus der Flachsdrehe dem Verbandsbeirat. In der Versammlung waren zwei Angestellte der Fabrik anwesend. Am 28. Dezember wurden auf einmal zwei Arbeiter, welche dem Verbandsbeirat beigetreten waren, auf Knall und Fall entlassen. Einem derselben wurde zur Last gelegt, in der Fabrik agitiert zu haben, während dem zweiten keine nähere Angabe angegeben wurde.

Unser Bezirksleiter Müller wurde am 23. Dezember bei dem Direktor vorbestellt. Der Direktor gab an, ein Freund des Koalitionsrechtes zu sein, aber trotzdem könne er nicht einsehen, weshalb sich die Arbeiter der Flachsdrehe organisieren. Die Wöhne, wie auch die sonstigen Verhältnisse, ließen nichts zu wünschen übrig, und es wäre deshalb total überflüssig, daß sich die Arbeiter einem Verbandsbeirat anschließen. Die beiden Arbeiter wären auch nicht wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden, sondern der erste, weil er in dem Betriebe agitiert habe. Der eigentliche Entlassungsgrund für den anderen Kollegen war nicht zu erfahren. Der Direktor führte ein früheres Rencontre des Kollegen mit einem Betriebsmeister ins Feld. Kurz und gut, die Arbeiter würden, wie der Direktor erklärte, nie wieder eingestellt. Die Wiederereinstellung derselben würde die Untergrabung der so mühsam erzwungenen Autorität ein zu-Kreuzer-Krieges der Fabrikleitung vor dem Verbandsbeirat sein. Die agitatorische Tätigkeit des Kollegen Müller wurde gleichmäßig als eine „hebräische“ bezeichnet.

Zags nach der Verhandlung fand abends eine Versammlung statt, die unserem Verbandsbeirat eine Anzahl Mitglieder brachte. Die Versammlung war irrtümlich (durch Unkenntnis) von einem Kollegen polizeilich angemeldet. Es waren denn auch zwei Vertreter der Fl. Hermandad zur Stelle. Der Referent machte dieselben darauf aufmerksam, daß ein Verstum vorliege, es finde keine öffentliche (politische) Versammlung statt. Der Polizei jedoch schien das nicht anzugehen. Sie fragte, ob die Versammlung in dem großen Saalzimmer stattfinden solle, und ob die Fl. Hermandad sich daran beteiligen werde. Der Referent machte dieselben darauf aufmerksam, daß ein Verstum vorliege, es finde keine öffentliche (politische) Versammlung statt. Der Polizei jedoch schien das nicht anzugehen. Sie fragte, ob die Versammlung in dem großen Saalzimmer stattfinden solle, und ob die Fl. Hermandad sich daran beteiligen werde. Der Referent machte dieselben darauf aufmerksam, daß ein Verstum vorliege, es finde keine öffentliche (politische) Versammlung statt. Der Polizei jedoch schien das nicht anzugehen. Sie fragte, ob die Versammlung in dem großen Saalzimmer stattfinden solle, und ob die Fl. Hermandad sich daran beteiligen werde.

Ja, einer der Polizeibeamten mochte sich an dem Referenten zugewandt: Machen Sie es nicht zu lang! Als ob dem Manne das etwas angehe! Daß unser Bezirksleiter es ablehnte, die Fabrikbeamten in den Versammlungen zu dulden, wird man verstehen. Mag der Betriebsmeister Scholz noch so oft behaupten, er sei kein Parteiträger! War es doch kein anderer, als der Betriebsmeister Scholz, der sich nach der ersten Versammlung an den Bezirksleiter Müller wandte und demselben pflaustel zu machen beabsichtigte, daß eine Organisation für die Arbeiter der Flachsdrehe überflüssig sei. Berichtig er hat gar zu der albernen Behauptung, daß, wenn

auch in seinem Betriebe der Welt, in der Flachsdrehe aber alles vollkommen sei. Dort hätte sich einfach niemand über etwas zu beklagen. Derselbe Herr Scholz, der erklärte, was heute in der Versammlung gesagt werde, würde den Arbeitern keine Schwierigkeiten machen. Doch laßbar, zwei Tage später redete er einen Arbeiter an mit den Worten: „Sie haben aber den Herrn Müller ordentlich angelesen, wenn Sie jetzt entlassen werden, kriegen Sie vom Verbandsbeirat einen Pfennig Unterstützung“. Ein paar Stunden später mußte der Arbeiter ins Kontor kommen, um seine Entlassung in Empfang zu nehmen. Was hatte der Arbeiter begehrt? Ein paar Wochen vorher mit dem Betriebsmeister Scholz eine Auseinandersetzung gehabt, weil Scholz nach seiner und auch der Mitarbeiter Meinung zu Unrecht Strafen über den Arbeiter verhängt hatte. Es war das in der Flachsdrehe herrschende Strafsystem jedenfalls ein bißchen arg mitgenommen worden, natürlich nicht zur Freude dieses Herrn.

Zum Schluß möchten wir jedoch dem Herrn Scholz, welcher am 23. Dezember unserem Kollegen Müller glaubte Anweisungen geben zu müssen (was er jedenfalls sich nicht mehr erlaubt) den guten Rat erteilen, die Arbeiter in Ruhe zu lassen. Auch sind es seine Sachen nicht, wenn die Arbeiter alljährlich 20 Mark an die Ständesorganisation zahlen. Wir werden seine Tätigkeit unserer Organisation gegenüber besonders beobachten.

An die Kollegen aber richten wir die dringende Bitte, treu zum Verbandsbeirat zu halten und jetzt erst recht für denselben zu agitieren. Denn soweit können auch die Konstabter Flachsdrehtarbeiter denken, daß, wenn der Verband von diesen Seiten bekämpft wird, er für die Arbeiter sein Gutes haben muß.

#### Aus gegnerischen Organisationen.

Sinter den Kulissen vom „Sitz Berlin“. Das Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen („Sitz Berlin“) schreibt in einem Jahresrückblick (Nr. 1), das Jahr 1909 sei für die Berliner Fachabteilungen ein Jahr schöner Erfolge gewesen. Die Mitglieder seien tiefer eingeführt in die Grundzüge der Bewegung, und auch die materiellen Interessen der Mitglieder seien gut gewahrt und gepflegt worden. Das Bewußtsein, auf einem sicheren, unerschütterlichen Fundament aufgebaut zu haben, ist es, welches den vielen Anhängern unserer Sache den Mut gibt, treu zu derselben zu stehen und unermüßlich zu arbeiten. Nach solchen schönen Worten sollte man annehmen, es herrschte in der Fachabteilungsabteilung getadelt zu Idealzustände. Die Ueberzeugungstreue und die daraus resultierende Arbeitsbereitschaft der Mitglieder sei nirgends so sehr zu finden als bei „Sitz Berlin“. Wie es dagegen in Wirklichkeit mit dem Fortschritt dieser Bewegung und der Grundhaftigkeit ihrer Mitglieder bestellt ist, zeigt die „Ökonomie Arbeiterzeitung“ in Nr. 2 (9. Jan.) an einigen recht drastischen Beispielen.

Schon auf dem 7. Delegiertentage der Arbeitervereine (Sitz Berlin) der Diözese Trier mußten die Sekretäre zugeben, daß ein wesentlicher Fortschritt nicht zu verzeichnen war, daß vielmehr ein gewisser Stillstand eingetreten und vom Verbandsbeirat zu wenig Gewerkschaftspolitik getrieben worden sei. Mehr Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses müsse die Hauptaufgabe der Vereine sein. Mit allgemeinen katholischen Pfaffen werden die denkenden Arbeiter nicht erzogen.

Ein anderes Bild: In Lemberg wurde laut „Allensteiner Volksblatt“ (Nummer 292 v. J.) der katholische Arbeiterverein (Sitz Berlin) in einem Männerverein, der katholische Männer jeglichen Standes aufnahm, umgewandelt. Jedenfalls eine Folge der „Einführung der Mitglieder in die katholischen Arbeitervereinsgrundzüge“ und der vorzüglichen Wahrung ihrer materiellen Interessen. In demselben Orte führten die sozialdemokratisch organisierten Tischler wochenlang einen Streit; christlich bürten sich die katholischen Arbeiter aber nicht organisieren.

Das „Monatsblatt für die Mitglieder der katholischen Vereine des Kirchspiels Allenstein“ sagt in Nr. 12 (19. Dez. 09): Der Herr Kuratus Bownowski habe sein Amt als Präses des Vereins nicht nur infolge Ueberbürdung mit Amtsgeschäften niedergelegt, sondern „auch die Teilnahmlosigkeit der Mitglieder an den Vereinsbesprechungen, die Uneinigkeit der Vorstandsmitglieder und die Weigerung der Mitglieder, für die Wohlfahrtsvereinsarbeiten des Vereins einen erhöhten Beitrag zu zahlen, sind mit als Grund anzusehen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Sehr viele Arbeiter sind auch nur wegen der geringen wirkenden Wohlfahrtsvereinsarbeiten, nicht wegen der religiös-sittlichen und wirtschaftlichen Erholung des Arbeiterstandes dem Verein beigetreten. Sie wollen daher auch nicht Opfer für den Verein bringen, sondern suchen soviel wie möglich aus der Mitgliedschaft in materieller Beziehung herauszufolgen.“

Dann wird geklagt, daß die katholischen Arbeiter auch kein Verständnis für die Wahrung ihrer materiellen Standesinteressen hätten, sonst würden sie wohl den Fachabteilungen beitreten und Mitglieder bleiben, wenn Tarifverträge abgeschlossen seien. Es sei sogar vorgekommen, daß Mitglieder ohne Genehmigung des Vereinsvorstandes mit Arbeitgebern Verträge abgeschlossen hätten, die zum Schaden für die Arbeiter gewesen seien.

Und dann geht das Jammerlied weiter: „Sie wollen ferner nicht mithelfen, den Arbeiterstand religiös-sittlich zu heben, sonst würden sie ihre kirchlichen Pflichten besser erfüllen, dem Alkoholgenuss nach Möglichkeit entsagen, die Versammlungen des Vereins regelmäßig besuchen und die Beschlüsse des Vorstandes befolgen. Alle beratigen Mitglieder sind dem Verein nur schädlich und hindern ihn an der Erfüllung seiner großen Aufgaben. Sollten daher infolge dieser Beitragserhöhung viele Mitglieder dem Verein den Rücken kehren, dann ist dies nur ein großer Segen für den Verein, der sich bald für die dem Verein treubliebenden Mitglieder zeigen würde.“

Das sind Stimmungsbilder, die ausgezeichnet die Zustände beleuchten, die in manchen Gruppen und Bezirken von „Sitz Berlin“ herrschen. Sage für die führenden Leute dieser Bewegung nicht eine Fülle von Arbeit vor, die gewiß angebracht wäre, als die ständige hartnäckige Bekämpfung und Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften? Die „Berliner“ erheben so oft zum Vorwurf, die Gemeinschaftsarbeit von Katholiken und Protestanten in den christlichen Gewerkschaften führe zu einer Verflachung der religiösen Ueberzeugung, und nun sehen wir hier, wie außerordentlich mangelhaft katholisches kirchliches Leben und grundhafteste katholische Arbeiter gerade in den Reihen der „Berliner“ zu finden sind. Aber das kommt nicht von ungefähr, das liegt in dem System der Fachabteilungen begründet.

Allgemein Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Bau- und Holzgewerbe drohen mit einem ernstlichen Konflikt zwischen den streikenden Parteien zu endigen.

Die Vertreter der in Frage kommenden 42 Verbände stellen mit lebhaftem Interesse fest, daß die Arbeitgeberverbände im direkten Gegensatz zu den Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 28. und 27. Oktober 1909 fast auf der ganzen Linie die drücklichen Vertragsverhandlungen in unverantwortlicher Weise hinausgezogen haben.

Aus obigen Gründen lehnt die Versammlung das Schiedsgericht mit aller Entschiedenheit ab und fordert im Interesse einer friedlichen Lösung des Konflikts Fortgang der drücklichen Verhandlungen.

Die Annahme dieser Resolution bedeutet die offene Kriegserklärung, und daß es den Holzindustriellen ernst ist, kann man daraus erkennen, daß der Verband des Arbeitgebervereins in seiner am 28. Dezember zu Berlin abgehaltenen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt hat, für jeden von den Verbandsmittgliedern beschäftigten Arbeiter einen Beitrag von 3 Mark zu erheben.

Über auch die Arbeiterverbände rufen. Das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, das durch Ertragsausgabe seine Leser von dem Beschluß der Arbeitgeber in Kenntnis setzte, fordert in seiner Nr. 1 zur gründlichen Prüfung und intensiven Agitation auf der ganzen Linie auf.

Im Baugewerbe hat die Sache auch eine durchaus ungünstige Wendung genommen. Die Arbeiter wünschen, daß bei der Verschärfung der Verhältnisse die drücklichen Verhandlungen aber mindestens solche für kleinere, gleichartige Verhältnisse festgelegt werden.

Es muß nun im höchsten Grade befremden, daß obwohl der Arbeitgeberverband auch auf diesem Standpunkte steht, der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Rhein-Weiß-Arbeitgeberverband sich auf einen irritierenden Standpunkt stellen.

Die Arbeitgeberverbände werden nicht umhin können, der Entschiedenheit die Gründe für die hundertfachen Verhandlungen darzulegen. Schließlich sind immerhin in Mitteldeutschland als auch in Rheinland-Verhalten die Einigungsverhandlungen an dieser Spitze gescheitert.

Einiges Koalitionsrecht. Bei den Reichstagsverhandlungen über den Jungarbeiternachweis des Reichstages im Ruhrrevier hatte der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern die Forderung eines Verbotes der einseitigen Arbeitsgeber-Arbeitsnachweise als eine Fortsetzung des Koalitionsrechts der Arbeitgeber bezeichnet.

Keineswegs aber tatsächlich. Richtet man über die Einzelheiten des Arbeitsnachweises hinaus den Blick auf die allgemeinen Verhältnisse, die sich im Reich unter den Bestimmungen der §§ 152 und 153 der G.O. herausgebildet hätten, so ist ihm kein Fall bekannt, daß irgendwo und wann der Arbeitgeber das Koalitionsrecht — ganz wenige schlimme Beispiele ausgenommen — verstoßen worden wäre.

Umgekehrt aber erleben wir es jeden Tag, daß Arbeitgeber das gleiche Verhalten an ihre Arbeiter halten, die Schiene unterschreiben müssen, daß sie keiner Organisation angehören oder beitreten, und daß sie bestimmten politischen Parteien fernbleiben, wenn sie überhaupt Arbeit und Brot finden wollen.

Für diese Forderung ist im Reichstage eine Mehrheit vorhanden. Daß sie bisher nicht verwirklicht werden konnte, liegt an dem Widerstand der Regierungen. Wir werden in einem späteren Artikel die „Gleichheit des Koalitionsrechtes“ nochmals unter die Lupe nehmen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Ein Streik der Blumenhändlerin in New-York ist seit Ende November 1909 im Gange und verdient besondere Beachtung wegen der Unterdrückung, die er in den Kreisen der Verbraucherrinnen zumal aus den reichsten Familien New-Yorks gefunden hat.

Das die Arbeiterbewegung sich unter sehr unangünstigen Umständen abspielt, geht aus einem kurzen Bericht des Berliner Sozialisten „hervor, dem wir auch die Gewähr für die Richtigkeit der Behauptungen überlassen müssen.

Der Streik der Blumenhändlerin dauert an. Dank der Unterstützung der New Yorker Millionärinnen sind die prekären Mädchen in der Lage, bedeuend länger auszuhalten zu können, als die Substanten je erwartet hatten.

Neuer Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Der „Kölnischer Reichsboten“ Nr. 62 wird vor einem Berliner organisierten Arbeiterkongress berichtet:

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Neuer Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Der „Kölnischer Reichsboten“ Nr. 62 wird vor einem Berliner organisierten Arbeiterkongress berichtet.

Arbeitung unterzogen. Im neuen Entwurf wird am Grundgedanke des Versicherungsamtes festgehalten. Die Organisation wird vereinfacht, so daß der kostspielige bürokratische Apparat wegfällt.

Bestätigung jenseitige Nachricht, so dürfte es namentlich in bezug auf die geplante Entzweiung der Arbeiterkassen durch die Forderung der Halbierung der Beiträge und der Beiträge der Krankentassen noch zu schweren Kämpfen kommen.

Besteuerung des Arbeitereinkommens. Wir geben hiermit im Auszuge eine Verfügung des preussischen Handelsministers in Sachen der Besteuerung des Arbeitereinkommens wieder, die in Nr. 14 die „Soziale Praxis“ mitteilt.

Die Quelle des Einkommens ist (nach ständiger Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes) beim einfachen Lohnarbeiter, dessen Arbeitgeber und Beschäftigungsart der Natur der Sache nach öfters wechselnd, seine Arbeitskraft in Verbindung mit der Bemerkungsmöglichkeit derselben Arbeitstätigkeit.

Zu Bestätigung der Verfügung vom 5. Juli 1907 Nr. 6, wonach bei allen Arbeitern nicht nur die allgemeinen Abzüge (für Kranken-, Invaliden- und Renten-) sondern auch die von den einzelnen Arbeitern oder den betreffenden Arbeitgeberkategorien von ihrem Lohn zu bezahlenden Ausgaben für Werbung und Rohmaterialien (bei und bei) fahrt zur Arbeitsstelle und der Arbeitsaufwand für besondere Arbeitsleistungen vom Bruttoeinkommen abgezogen sind, erklärt der Finanzminister in der Verfügung vom 9. September 1908, daß er es nicht billige, wenn von einzelnen Berufs- oder Berufsgruppenkommissionen bei den Vergleichen ein Abzug für Abzahlung von Schulden und Steuern verjagt worden sei.

Unzweifelhaft in Preußen mögen sich diese Verfügungen in der Masse legen, um sie nötigenfalls zur Hand zu haben.

Veranstaltungskalender.

- Nachh. 19. Jan. bei Franzen, Kleinmarkth. 19. Sitzung aller Verfass. Vertrauensleute und Reichsvereinsvorstände von Aachen und Umgebung. — 25. Jan. 8 1/2 Uhr, bei Franzen, Generalversammlung. — Nachh. 18. Jan. 8 1/2 Uhr, bei A. Schickler, Kassenrat. 23. Jan. 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt, Generalversammlung. — 22. Jan. 8 1/2 Uhr, bei Kalkbrenner, Brüller-Str. 26. öffentliche Generalversammlung. — Bergscheid. 16. Jan. 5 Uhr, bei Bernhard Reuter, öffentliche Generalversammlung. — Bergscheid. 16. Jan. 11 Uhr, bei Franz Dierling, Vertrauensleuteversammlung. — 22. Jan. Generalversammlung. — 16. Jan. 10 1/2 Uhr, bei Sengenberg, Generalversammlung. — 16. Jan. 2 Uhr, bei Edm. Schaubert, Vertrauensleuteversammlung.

- Dahlhausen (Supper). 16. Jan., bei Meyer, 8 1/2 Uhr Generalversammlung, 5 1/2 Uhr öffentliche Versammlung. — Bergscheid. 16. Jan., 1/2 Uhr, bei W. Bremer, Beginn des Unterrichtskurses. — Düssel. 16. Jan., 11 Uhr, bei Lemmelen, Generalabg. Eisenfeld. 22. Jan., 1/2 Uhr, bei Hertevath, Klobb. Generalversammlung. — Eupen. 17. Jan., 8 1/2 Uhr, bei J. Schönen, Neustraße, Unterrichtskursus. — 23. Jan., 5 Uhr, bei Schönen, Neustr., General-Abg. Euenheim-Weilfischen. 16. Jan., 5 Uhr, im Lokale Flosdorf, Generalversammlung. — Fischen. 16. Jan., 6 Uhr, bei Heinrich Wolf, öffentliche Versammlung. — Forst (Laußig). 22. Jan., 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Kräutchen“, Gerberstraße. — Froschenort. 16. Jan., 11 Uhr, bei Aug. Schmüders, Generalversammlung. — Geirath. 23. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Wm. Seel, Generalversammlung. — Ginzburg a. D. 16. Jan., 1/2 Uhr, in der Brauerei „zum Vamm“, öffentliche Generalversammlung. — Graen 6. Nachh. 16. Jan., 6 Uhr, bei Anton Deben, Backstraße, Generalversammlung. — Harl. 2. Febr., 5 Uhr, im Lokale Monopol, oberer Saal, Generalversammlung. — Harterbroich-Weich. 22. Jan., 1/2 Uhr, bei Baggen, Mühlentstraße, Generalversammlung. — Sehn. 16. Jan., 5 1/2 Uhr, bei Voelch, Generalabg. Seel. 16. Jan., 5 Uhr, bei Hermann Schulte, Generalversammlung. — Seidenheim. 16. Jan., 4 Uhr, bei Hirsch, Generalabg. Sindert. 23. Jan., 5 1/2 Uhr, im Lokale Frau Wm. Bahnen, Generalversammlung. — Sothenfeld. 16. Jan., 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokal Plum, Generalversammlung. — Sülz. 23. Jan., 11 Uhr, bei David Arx, Generalabg. Sülz. 16. Jan., 6 Uhr, bei Jakob Reib, Generalabg. Tungenbroich. 16. Jan., 5 Uhr, bei Ed. Hausene, Generalversammlung. — Kettend. 23. Jan., 7 Uhr, bei Franz Diebich, Generalversammlung. — Kalkbrenner. 23. Jan., 11 Uhr, bei Egidius Germania, Krefeld-Postum. 16. Jan., 11 Uhr, bei G. Wambert, Generalversammlung. — Kalkbrenner. 16. Jan., 11 Uhr, bei Peter Willeßen. — Lohns. 16. Jan., 3 Uhr, im Hotel zur Post, Generalversammlung. — Metzen. 16. Jan., 4 Uhr, bei Joz. Rod. — Neustadt D.-Schl. 16. Jan., 4 Uhr, im Restaurant. — Neuenkirchen. 16. Jan., 5 Uhr, bei Emil Jörting, Generalversammlung. — Rheinbach. 23. Jan., 10 Uhr, bei Knips, Generalversammlung. — Rhodt. 18. Jan., 7 1/2 Uhr, bei Fritz Schrey, Dahlenerstr., Vertrauensleutekonferenz. — 26. Jan., 6 Uhr, bei Lenarz, Dahlenerstr., Generalversammlung. — Roeting. 23. Jan., 6 Uhr, bei Joz. Wilmis, Generalabg. Roth 5. Krefeld. Jeden ersten Sonntag im Monat bei Krefeldhammer am Marktplatz. — Stoghetum. 16. Jan., 6 Uhr, im Gasthof Mainz, Generalversammlung. — St. Sülz. 23. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Rennemann, Generalversammlung. — Schiefbahn. 30. Jan., 6 Uhr, bei Jöhnen, Generalabg. Waals. 16. Jan., 7 Uhr, bei Arnold Willeßen, Generalversammlung. — Verlautenheide. 16. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Leonard Emond. — Waldbauern. 15. Jan., bei J. v. d. Burg, Generalabg. Waldbauernhöhe. 15. Jan., 9 Uhr, bei Heim. Dreßen, außerordentliche Generalversammlung. — Wassenberg. 19. Jan., 7 Uhr, im Waldhotel (unten links), Generalversammlung. — Wegberg. 16. Jan., 10 1/2 Uhr, im Wegberger Hof, Generalversammlung. — Wüllich. 16. Jan., 7 Uhr, bei Rath. Nießges, Generalversammlung. — Wüllich. 23. Jan., 5 Uhr, bei Werner Leuchter, Kuchenerstr., Generalversammlung.

Berichtigung.

- Gewerkschafts-Konjunkturverein „Zukunft“, e. G. m. b. H. zu R. Gladbach-Gladbach. Mitgliederbestand am 1. September 1908 . . . . . 217 Aufgenommen im Laufe des Jahres . . . . . 182 Ausgetreten durch Tod . . . . . 152 am 31. Aug. 1909 durch Rückzahlung . . . . . 32 Mitgliederbestand am 1. September 1909 . . . . . 232 Gesamtsumme am 1. September 1909 RM. 11.460,— Dr. G. Labach, den 1. September 1909. Der Vorstand. Der Kassier. Christian Kerschel. Joh. Conze. Anton Conen. Vorsitzender. Johann Kerschel. (3.30 M)

An die Ortsgruppen-Vorstände!

Gemäß § 31 des Statuts müssen im Monat Januar die Ortsgruppen-Generalsammlungen stattfinden, in denen auch die Vorstandswahlen getätigt werden. — Mit Rücksicht auf die erforderliche Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnis bitten wir alle Ortsgruppen dringend, um möglichst baldige Abgabe der genauen

Adresse des Ortsgruppen-Vorsitzenden an die Geschäftsstelle in Düsseldorf.

Ferner sind die Ortsgruppen-Vorstände dringend gebeten, regelmäßig am Schlusse jeden Quartals pünktlich die

Arbeitslosen-Nachweiskarten an die Geschäftsstelle einzufenden.

Der Zentralvorstand: J. B.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Anna Meskes in Viersen. Hubert Flosdorf in Euenheim. Theodor Windberg in Brayell. Josef Lemmen in M.-Gladbach. Maria Manniken in Eupen. Wilhelm Buscher in Schaag. Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder, agitiert für den Verband!